

Deutschland.

Berlin, 11. Februar. In einigen Blättern ist die Nachricht enthalten, daß diplomatische Depeschen von Paris nach Berlin gerichtet worden seien, um Garantien dafür zu verlangen, daß sich das Zollparlament nicht mit politischen Angelegenheiten befasse. Die Nachricht widerlegt sich durch sich selbst. Es wird einer Macht wie Frankreich nicht beikommen, an eine andere Großmacht eine Forderung zu stellen, von der sie im Voraus weiß, daß sie unerfüllbar und unstatthaft ist. Ein Staat kann einem andern das Verfahren nicht vorschreiben, das er in seinen inneren Angelegenheiten einzuhalten hat. Außerdem hat Frankreich auch ausdrücklich erklärt, sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht mischen zu wollen. — Die „Italie“ wiederholt ihre frühere Nachricht, daß der preussische Botschafter in Paris Graf Bolk mit der polnischen Emigration in Verbindung getreten sei, mit dem Zusatz, daß er den Chef der polnischen Emigration Geldunterstützungen zur Begründung eines Journals angeboten habe, daß die Interessen und Rechte Polens vertreten solle. Es braucht wohl kaum bemerkt zu werden, daß die preussische Regierung kein Geld für Agitationen hergeben wird, die zugleich mit gegen einen Theil ihres eigenen Landes gerichtet sind. Bekanntlich legt die polnische Revolutionspartei keine geringeren Hoffnungen, als das alte Polen in seinem ganzen früheren Umfange wiederherzustellen. Es ist nicht recht zu begreifen, wie die „Italie“ unter solchen Verhältnissen auf eine an und für sich schon unwahrscheinliche Nachricht wiederholt zurückkommen kann. — Die Nachricht, daß mehrere hannoversche Flüchtlinge, die sich aus der Schweiz nach Frankreich begeben, österreichische Pässe von diesem Jahre geführt haben, erklärt sich, wie es scheint dadurch, daß sich diese Flüchtlinge früher in Hinterpommern befunden haben und von da nach der Schweiz gegangen sind. Da zwischen Oesterreich und Preußen eine Cartelkonvention besteht, ist die österreichische Regierung durch die Entfernung der Flüchtlinge der Unannehmlichkeit entgangen, dieselben eventualiter auszuliefern zu müssen. — Da neuerdings wieder das Gerücht behauptet wird, ist zu wiederholen, daß die preussische Regierung der serbischen Regierung Vorstellungen dahin gehend gemacht hat, Alles zu vermeiden, was zu einem Bruche zwischen Serbien und der Türkei führen könnte. Die preussische Regierung wird Alles unterstützen und überhaupt Alles thun, was zur Aufrechterhaltung des Friedens dienen kann. — Der König hat in diesen Tagen das Zeughaus besucht, besonders zu dem Zwecke, um die neuen Anordnungen in Augenschein zu nehmen, die auf seinen Befehl daselbst getroffen worden sind. Früher war die Ordnung der Materialien daselbst mehr dekorativer Art, jetzt sind die daselbst aufbewahrten Trophäen in einer Weise aufgestellt worden, daß sie dem Besuche eine historische und pragmatische Uebersicht gewähren. — Sr. Majestät der König hat sich über die neue Aufstellung mit Befriedigung ausgesprochen. — Der Minister-Präsident Graf Bismarck befindet sich noch in Berlin; über die Abreise desselben ist Näheres noch nicht bestimmt. Er verläßt zwar das Zimmer, doch erfordert sein durch die Ueberlast seiner Geschäfte angegriffener Gesundheitszustand gewisse Rücksichten. Unter diesen Verhältnissen ist auch die Nachricht einiger hiesiger Blätter, daß sich der Ministerpräsident nach Ostpreußen begeben werde, sehr unwahrscheinlich; früher ist allerdings diese Reise in Erwägung gezogen worden. — Eine bekannte hiesige Clique von Korrespondenten benutzt die Vorgänge der letzten Tage in Ermangelung tatsächlicher Nachrichten und eigener Gedanken fortwährend, um den eigentlichen Thatsachen eine abenteuerliche Deutung zu geben und dieselben mit allerlei Ausschmückungen zu versehen. Diesen Korrespondenzen gegenüber ist besonders wiederholt darauf hinzuweisen, daß, abgesehen davon, daß verschiedenen Anzeichen zufolge ein baldiger Ausgleich der Verstimmungen, die sich zwischen der Regierung und einem Theile der konservativen Partei gezeigt haben, in Aussicht steht, eine Spaltung im Ministerium, namentlich in der hannoverschen Provinzialfonds-Angelegenheit gar nicht vorhanden ist und daß daher auch von einer Veränderung oder Modifikation des Ministeriums gar nicht die Rede sein kann. Die Absichten einer Modifikation des Ministeriums sind in maßgebenden Kreisen auch nicht einmal angedeutet worden. Die persönlichen Beziehungen der Minister zu einander sind daher nach wie vor die engsten und aller vertrautesten. — Auch die Nachricht, daß zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und dem Minister des Innern Grafen Eulenburg in Betreff der Kreisordnung Meinungsverschiedenheiten beständen, ist vollständig unbegründet. Es gehört auch diese Nachricht zum Genre der demokratischen Fabelbildung.

Berlin, 11. Februar. Sr. Königl. Hoh. der Prinz Albrecht (Sohn) begab sich heute früh zu einer Truppenbesichtigung nach Potsdam und kehrte Mittags hierher zurück. — Der Königl. Hof begehrt morgen das Geburtsfest Sr. K. Hoh. des Prinzen Georg. — Die Mitglieder des Staatsministeriums brachten heute Mittag 1 Uhr Sr. K. Hoh. dem Kronprinzen ihre Glückwünsche zu der Geburt eines Prinzen dar. — Der Ober-Präsident Graf Otto zu Stolberg ist aus Hannover hier eingetroffen. — Der preussische Landesdirektor im Fürstentum Waldeck, Herr v. Flottwell, soll im Auftrage der preussischen Regierung mit dem Fürsten von Lippe-Schaumburg wegen Abschluß eines Accessionsvertrages in Unterhandlungen stehen, welche in nächster Zeit zu Ende geführt sein dürften. — In Folge höheren Auftrages sollen die Regierungen eine von dem Handelsminister und dem Minister des Innern mitgetheilte „warnende Darstellung“ des bisher ermittelten Sachverhaltes hinsichtlich der schlechten Behandlung, welche deutschen Auswanderern

auf dem Schiffe „Giuseppe Vaccarich“ zu Theil geworden ist, veröffentlicht. Danach haben die Passagiere des Schiffes der Auswanderungs-Kommission in Newyork angezeigt, daß es ihnen auf ihrer Reise an Lebensmitteln gemangelt habe, da Wasser, welches in Petroleumfässern aufbewahrt worden, nicht trinkbar und das gelieferte Brod „modrig“ gewesen sei, daß es weder Thee noch Zucker auf dem Schiffe gegeben habe und daß die Kartoffeln verfault waren. Sämmtliche Passagiere des erwähnten österreichischen Schiffes, Kapitän Blasch, welches von Passage-Agenten in Antwerpen befördert worden, waren „Deutsche oder deutsche Schweizer“. Nach Darlegung des Thatbestandes und Charakterisirung der Behandlung der Passagiere, wonach kaum zu bezweifeln, daß dieselbe „den Tod einer großen Anzahl von Menschen zur Folge gehabt hat“, wird mitgetheilt, daß alle nöthigen Maßregeln, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und zur Schadenersatzleistung anzuhalten, getroffen sind. Doch soll diese amtliche Darstellung einwirken dazu dienen, die Auswanderungslustigen zu besonderer Vorsicht bei der Wahl ihres Einschiffungsbahns zu mahnen.

— Die Schlösser in Wiesbaden und Homburg, welche die Bestimmung erhalten haben, zur ausschließlichen Benutzung Sr. Majestät des Königs zu dienen, sind im Laufe des vorigen Monats in die Verwaltung des Königl. Hofmarschallamtes übergegangen. Zu dem Schlosse in Wiesbaden gehört auch ein anstoßendes Wohngebäude, das sogenannte Kalb'sche Haus, welches bei Anwesenheit des Königs zur Logirung des Gefolges und zur Aufnahme der Dekonomie benutzt werden soll. Wenn in einzelnen Zeitungen mitgetheilt worden ist, daß man beabsichtige, die Post in das frühere Kalb'sche Haus zu verlegen, so findet diese Nachricht in dem Umstande ihre Widerlegung, daß dies Gebäude zusammen mit dem Schloß durch das Dotationsgesetz für den König reservirt worden sei.

— Unter Berücksichtigung der erweiterten Armeeverhältnisse hat man ebenfals auch, sowohl durch Neuanlagen, als durch Ermächtigung von Privaträumlichkeiten die Garnison-Lazareth-Anstalten in der Weise vermehrt, daß dieselben künftig eine Aufnahme von 15000 Kranken gestatten.

— Aus St. Petersburg wird uns gemeldet, daß am 18. d. M. eine Deputation des Kaiserlichen Infanterie-Regiments Kaluga Nr. 5 zu Kasan, unter Führung des Regiments-Kommandeurs, Obersten Werner, hier eintrifft, um Sr. Majestät den König, welcher an diesem Tage 50 Jahre Ehe des Regiments ist, zu beglückwünschen.

— Die „Korr. Stern“ schreibt über die ministerielle und parlamentarische Krisis: In der konservativen Partei bereitet sich eine Trennung vor, welche in der Bildung einer neuen Fraktion ihren Ausdruck finden dürfte, und zwar noch vor dem Schlusse des Landtages. Alle bisherigen Bemühungen, einen Ausgleich auch mit dem Grafen Bismarck herbeizuführen, sind erfolglos geblieben, der Ministerpräsident ist und bleibt ernst und tief verstimmt.

— Den hiesigen Hauptlehrern ist jetzt, wie die „N. A. Z.“ meldet, eine Verfügung zugegangen, datirt vom 1. Februar, wonach bei unsern Gemeindeschulen, welche künftighin den Stoß nur in äußersten Fällen als Erziehungsmittel anwenden dürfen, an seiner Stelle das Nachbleiben amtlich eingeführt werden soll. Es sollen von den Klassenlehrern, die nicht volle 32 Stunden wöchentlich geben, abwechselnd in jeder Woche zwei Nachbleibestunden gegeben und die Eltern der Bestraften durch Nachbleibe-Zettel in Kenntniß gesetzt werden.

— Bezüglich des in der Fortschrittspartei durch die bekannte Rede Jacoby's hervorgerufenen Konfliktes schreibt ein Berliner Korrespondent der „Berol. Ztg.“, daß Jacoby in der letzten Fraktionsversammlung nicht hat erscheinen können, um sein Programm und was sich daran knüpft, zum Vortrag zu bringen; er wird dies in der nächsten Fraktionsitzung thun. Seitdem sind jedoch freundschaftliche Auseinandersetzungen zwischen ihm und Waldeck erfolgt, welche die gegenfeitigen Positionen abgemildert haben.

— Die Arbeiten des Landtags werden, wie man allgemein erwartet, bis zum Schlusse des laufenden Monats beendigt sein, und da, wie man hört, zwischen dem Ende der Session und der Eröffnung des Zollparlaments nur eine Pause von 13 Tagen stattfinden soll, so wird der Zusammentritt desselben um die Mitte des nächsten Monats erfolgen.

Berlin, 11. Februar. (Herrenhaus.) 10. Sitzung. Präsident Graf Eberhard zu Stolberg; am Ministerisch: Finanzminister Febr. v. d. Seydt, Justizminister Dr. Leonhardt, mehrere Regierungs-Kommissarien. — Der Präsident eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Die Herren Wilkens (Berlin) und Dr. Pauli (Wardburg) sind neu eingetreten und bereits vereidigt.

Präsident: Zur Freude Ihrer Majestäten des Königs und der Königin und des hohen Vaters ist J. K. H. die Frau Kronprinzessin gestern, wie Ihnen der eiserne Mund der Kanonen bereits gemeldet hat, von einem königlichen Prinzen glücklich entbunden worden. In der Ueberzeugung, daß das hohe Haus wünschen wird, Ihren königlichen Hoheiten seine Theilnahme anzuspprechen, schlage ich Ihnen vor, das Präsidium damit zu beauftragen, wenn Sie es nicht vorziehen sollten, eine besondere Deputation dazu zu wählen. (Das Haus erklärt sich mit dem ersten Vorschlage einverstanden.) — Zur Tagesordnung übergehend, erstattet Dr. Lehmann den Bericht der neunten Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung von Grund- und Hypothekeneinfachern und die Versäufung von Seechiffen in Neu-Vorpommern und Rügen. Die Kommission empfiehlt Annahme mit verschiedenen Fassungs-Änderungen. Nach einigen sachlichen Ausführungen des Herrn Grafen Rittberg erklärt der Justizminister, die Regierung sei mit den Änderungen der Kommission einverstanden. — Graf Trausow (Regierungs-Präsident in Straßburg) tritt den Empfehlungen des Grafen Rittberg auf Entloos-Annahme des Entwurfs bei. — Der dahingehende Antrag des Herrn Denhardt wird mit großer Majorität angenommen. Demgemäß erfolgt die Annahme des Gesetzentwurfs in der Kommissionsfassung ohne Spezialdiskussion.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der zehnten Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung der §§. 45-47 und 559, Titel 1 der Depositions-Ordnung vom 15. Dezember 1783. Berichterstatter Justizminister a. D. Graf zur Lippe empfiehlt in

ausführlichem Vortrag den Gesetzentwurf, Graf Rittberg giebt zu demselben Erläuterungen. Das Gesetz wird ohne weitere Debatte angenommen. — Herr v. Below erstattet den mündlichen Bericht der Finanz-Kommission zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Deklaration der Verordnung vom 24. August 1867 über das Münzwesen in den neu erworbenen Landestheilen und empfiehlt die Annahme der Fassung des Abgeordnetenhaus. Diese erfolgt ohne Diskussion. — Es folgt eine Petition des Herrn v. Wolff-Liebstein und anderer Grundbesitzer der Oberlausitz, welche bittet: „Das Herrenhaus wolle kräftigst dahin wirken: daß ein Gesetzentwurf von der Staatsregierung vorgelegt werde, wodurch der Gesamtbetrag der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer nach gleichen Grundsätzen für Grund und Boden, für Gebäude und Gewerbe vertheilt werde.“ Berichterstatter ist Hr. v. Waldow-Steinhöfel. Das Haus geht zur Tagesordnung über.

Fünfter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanz-Kommission über zwei Petitionen, betreffend die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer. (Eine derselben ist von dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Müller und Mühlen-Interessenten, die zweite von dem durch seine Agitation für diesen Gegenstand bekannten Kommerzien-Rath Schemmel und zehn Mitunterzeichnern aus Berlin ausgegangen.) Herr v. Kröcher empfiehlt als Berichterstatter, Namens der Kommission, auf Grund der von den Kommunalbehörden der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte der Monarchie eingeholten Gutachten Uebergang zur Tagesordnung. — Professor Dr. Zellkampy wiederholt seine bekannten Angriffe und Gründe gegen die Steuer. Der Herr Berichterstatter widerlegt sie nochmals. — Das Haus geht zur Tagesordnung über.

Sechster Gegenstand ist der Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlicher zu benutzender Schlachthäuser. Die Kommission (Berichterstatter Herr Hausmann) empfiehlt die Annahme mit einigen Redaktions-Änderungen. — Herr Rasch (Hannover) begründet das Gesetz als sehr notwendig, hält es aber nicht für ausreichend, da es nicht gegen die Einfuhr von Fleisch, das beim Schlachten einer ärztlichen Untersuchung unterliegen hat, schütze. Die Rücksicht auf den freieren Gewerbetrieb müsse der höheren Rücksicht auf die Gesundheit der Menschen weichen. Der Redner hält auch die Verpflichtung der Entschädigung für die bisherigen Schlachthäuser durch die Kommune der Errichtung von Schlachthäusern für nachtheilig und ungerechtfertigt.

Der Regierungskommissar erklärt, daß es die Regierung unmöglich erachtet habe, eine Kontrolle über das einzuführende Fleisch auszuüben. Jedermann sei in der Lage, durch den Kauf in dem Schlachthause sich gesunde Fleisch zu verschaffen. — Oberbürgermeister Hasselbach: Die Anlage von Schlachthäusern habe auch noch den Vortheil, daß das Schlachten an den verschiedenen Stellen beseitigt und dadurch der sanitätliche Zustand gehoben werden könne. — Der Bericht der Grundstücke würde durch die Aufhebung der Schlachthäuser sehr gehoben werden. Nach einer Debatte über §. 4, an der sich die Herren Hobrecht, Wildens, Camphausen, v. Meising, Graf York und der Regierungskommissar betheiligen, wird ein Amendement des Herrn Hobrecht, Article 2 also zu fassen: „Will die Gemeinde die Anstalt eingehen lassen, so ist der Termin von der Genehmigung der Regierung abhängig“, angenommen. — Hiernach erfolgt die Genehmigung des ganzen Gesetzentwurfs in der Kommissionsfassung mit obigem Amendement.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Gewährung einer Staats-Unterstützung an die thüringische Eisenbahn-Gesellschaft für den Bau einer Eisenbahn von Leinefelde nach Gotha wird genehmigt. Ueber zwei Petitionen, 1) der Gemeinde-Vorstände im Amt Springe auf Bau einer Eisenbahn von Hannover nach Hameln, 2) des Handelsstandes der Stadt Bremerörde auf Fortführung der Bahn nach Geestemünde, Bremerhaven und Cuxhaven, geht das Haus — nachdem zum zweiten Gegenstande, als von provinzieller Interesse, Graf Borriers und Ministerial-Direktor Freiherr von der Reck, noch das Wort genommen — nach dem Kommissionsantrag zur Tagesordnung über.

Der Präsident bittet, auf die Tagesordnung für Freitag unter Entbindung von der dreitägigen Frist die Berichte über die Entschädigung der depossedirten Fürsten und den hannoverschen Provinzialfonds setzen zu dürfen. — Herr v. Below wünscht für so wichtige Gesetze die vorchriftsmäßige Frist. Der Präsident giebt in Folge dessen seinen Vorschlag zurück. — Nächste Sitzung unbestimmt.

Darmstadt, 6. Februar. Die „Hessischen Volksblätter“ sind ihres Preussenhasses so wenig mehr mächtig, daß sie selbst ihren Aerger über die reichliche Unterstützung der Ostpreußen auch aus dem Großherzogthum Hessen auslassen. In ihrer Nr. 30 scheuen sie sich nicht, die reichlichen Gaben namentlich „aus der Provinz“ als politische Demonstration zu bezeichnen, deren Zweck kein anderer sei, als der, den Wunsch nach Einverleibung in Groß-Preußen auszudrücken. Ein lebender Ausdruck in diesen Blättern ist das „Bismarck'sche Junkerregiment“. Auf welchen Beifall man mit solchem Stich- und Schlagwort spekulirt, liegt auf der Hand. In Hessen-Darmstadt aber wird man gerade in dieser Hinsicht nichts gewinnen. Man hat allerdings früher viel von der Junkerwirtschaft geredet und dabei ein System gedacht, das insonderheit im Militär unfähige Leute bloß um ihrer Herkunft, ihrer Verbindungen willen in wichtige Stellen setzt. Seit dem Kriege des Jahres 1866 weiß man in Hessen-Darmstadt aber sehr genau, daß Preußen seine wichtigen Posten sehr gut zu besetzen weiß und daß das „Junkerthum“ ganz anderswo zu suchen und sehr leicht zu finden, ja mit Händen zu greifen ist. (Kr.-Z.)

Aus dem Lippe'schen, 9. Februar. Der Landtag hat, wie man der „Rhein. Ztg.“ schreibt, die landesherrliche Proposition, wonach das ganze Domainium für privatives Familienidealkommiß des fürstlichen Hauses erklärt wird, mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen.

Stuttgart, 12. Februar. Die Kammer der Standesherren genehmigte in ihrer heutigen Sitzung mit 18 gegen 6 Stimmen das Kontingentgesetz, durch welches für die nächsten 3 Jahre die Anzahl der auszubehenden Rekruten auf 5800 Mann jährlich festgesetzt wird.

— Die Abgeordnetenkammer genehmigte einstimmig das Gesetz betreffend die Todeserklärung der im letzten Kriege verstorbenen Personen, und trat sodann in die Beratung des Verfassungsrevisionsentwurfes. Die Minderheit der Kommission hatte Ablehnung der Regierungsvorlage und Berufung einer Landesversammlung auf Grund des Wahlgesetzes vom 1. Juli 1849 beantragt. Die Kammer nahm jedoch den ersten Antrag der Mehrheit, die Beschlußfassung über die Gültigkeit des Gesetzes vom 1. Juli 1849 zur Zeit abzulehnen, mit 86 gegen 14 Stimmen und ebenso die weiteren Anträge der Mehrheit an, wegen Kürze der Zeit die Beratung vorläufig auf das allgemeine Wahlrecht zu beschränken und Betreffs der übrigen Artikel baldige Einreichung neuer Vorlagen von der Regierung zu erbitten.

Unslaud.

Wien, 11. Februar. Im Abgeordnetenhaus hat der Justizminister Herbst den Gesetzentwurf zu einer Konkursordnung eingebracht, in welcher die Aufhebung der Personalhaft wegen Schulden beantragt wird.

S. Maj. der Kaiser ist gestern Morgens 7 Uhr hier angekommen und hat von 10 Uhr ab Audienzen zu erteilen geruht. Die Pension der vermittelten Generalin Miramon, im jährlichen Betrage von 6000 Fl. Silber, welche die Gemahlin mit ihren Kindern in Brüssel verzehren wird, ist zur Hälfte von Ihrer Maj. der Kaiserin Maria Anna, welche die Taufpatin des verewigten Kaisers Max war, und zur Hälfte von J. K. Hof. der Frau Erzherzogin Sophie beigestellt worden.

Wien, 11. Februar. Das Endresultat der ungarischen Eisenbahn-Anleihe ist, daß statt ausgelegter 220 Millionen Francs nicht ganz volle 100 Millionen gezeichnet worden sind. Glänzend ist dieses Ergebnis gewiß nicht zu nennen. Es hat also dem ungarischen Kredit nichts genügt, daß der Pesther Landtag die Solidarität Ungarns für die österreichische Staatsschuld ablehnte. Viele sind der Ansicht, daß dies eine sehr wohlverdiente Lektion für den magyarischen Unabhängigkeitsdünkel sei. Eine mitwirkende Ursache des Mißerfolges ist, daß die ungarische Regierung bei dem Anlehen diese Banquiers und Bankinstitute vollständig ignoriren zu dürfen glaubte, was natürlich zur Folge hatte, daß diese sich an dem Geschäft nicht betheiligten.

Paris, 9. Februar. Der Kaiser hat einen General und einen Staatsrath mit bedeutenden Vollmachten für Geld und Lebensmittel nach Algier geschickt, um dem General-Gouverneur und dem Erzbischof in der Bekämpfung der Hungersnoth, welche immer entsehrlicher um sich greifen soll, mit Rath und That beizustehen. Die Kaiserin Eugenie soll beschlossen haben, sich ganz den Anordnungen des päpstlichen Breves über die Toilette zu unterwerfen; bei Hofe sollen künftighin keine Ebignons, keine anstößig ausgeschmückten Kleider, keine chinesische Hüte, Kelle und übermäßige Schürpen zugelassen werden. Das würde gewiß ein harter Schlag für viele Modedamen und die Pugmacherinnen sein, aber man würde sich fügen, die Ehemänner würden erleichtert aufseuffen, der Anstand würde viel, die Sitte immerhin etwas gewinnen. Es wird überhaupt immer stärker betont, daß die diesjährige Winterfaison viel weniger Uebertreibung und mehr Ernst zeige, als jemals seit Wiederaufrichtung des Kaiserreichs. Im Corps législatif dauert die Preßgesetz-Debatte immer noch fort; im Senat fürchtet man eine Rede des Herzogs von Persigny über die Pressefreiheit; auch Prinz Napoleon soll sich entschlossen haben, über diesen wahrscheintlich noch nicht genügend besprochenen Gegenstand eine Rede zu halten; doch ist noch Hoffnung, denn von andern Seiten wird dieser Nachricht widersprochen; Herzog Salin aber scheint ganz unvermeidlich zu sein.

Paris, 11. Februar. Der Botschafter Preußens und des norddeutschen Bundes Graf v. B. Holtz, hat heute die Leitung der Geschäfte wieder übernommen; derselbe wohnte gestern einer Soirée des österreichischen Botschafters Fürsten Metternich bei.

Paris, 11. Februar. „Patrie“ schreibt die Nachrichten aus Serbien beschäftigen die westmächtlige Diplomatie in hohem Grade. Wir glauben zu wissen, daß noch gestern sehr energische Vorstellungen nach Belgrad abgegangen sind. Der rumänische Agent, Krepulesco, hat amtlich dem Kabinete der Tuilerien eine Erklärung seiner Regierung übermittelt, worin letztere jede direkte oder indirekte Theilnahme an den russisch-serbischen Umtrieben formell von sich weist. England, Frankreich und Oesterreich sind vollständig über den Charakter und die möglichen Folgen jener Umtriebe unterrichtet. Die drei Kabinete sind daher bereit, allen Anforderungen zu entsprechen, welche eine Situation schaffen könnte, auf deren Gefahren die Regierungen der Donauländer bereits aufmerksam gemacht sind.

„France“ schreibt: Die Verhandlungen zwischen Oesterreich und der römischen Kurie, betreffend die Revision des Konkordats, stoßen auf ernstliche Schwierigkeiten. Frhr. v. Brust hat die vorgängige vollständige Aufhebung des Konkordats verlangt, der Papst dagegen fordert, daß das gegenwärtige Konkordat als Grundlage für vorzunehmende Veränderungen dienen solle. Das Blatt glaubt ferner zu wissen, daß die Verhandlungen über die Errichtung einer apostolischen Nuntiatur in Berlin schweben. „France“ zufolge ist Sanchez Decana zum spanischen Finanzminister ernannt. Der „Abendmoniteur“ meldet, daß die Kammern in Athen am 7. Februar aufgelöst worden sind.

Bei der heutigen Beratung über das Preßgesetz wurde beschlossen, ein Amendement Guillonets, dahin lautend, daß jeder böswillige Angriff der Presse auf das Privatleben mit einer Geldbuße von 500 bis 5000 Francs bestraft werden solle, in weitere Erwägung zu ziehen. Bei der Diskussion des Art. 12, welcher mit der Verurtheilung wegen Preßvergehens den fünfjährigen Verlust des Wahlrechts verbindet, beherrschte sich Jules Simon, die Minister Rouher und Vinard, Jules Favre, Döllner. Ein Amendement, welches den Wegfall dieses Artikels verlangt, wird mit 170 gegen 59 Stimmen verworfen.

Florenz, 11. Februar. Das Gerücht gewinnt an Bestand, daß die Regierung den ferneren Verkauf des gesamten Bestandes an Kirchengütern einer Gesellschaft von Kapitalisten überlassen werde, welche sich erboten habe, 400 Millionen Lire vorzulegen. Zu Ehren des amerikanischen Admirals Farragut wird ein großes Banquet veranstaltet.

London, 8. Februar. Es sind wiederum zwei Schiffsbrüche zu melden. Der Raddampfer „Seagull“ wurde von dem Schraubendampfer „Swan“ in den Grund gehohrt. Ein Passagier fand seinen Tod in den Wellen, die übrigen, sowie die ganze Mannschaft wurde gerettet, und von dem „Swan“, welcher selbst bedeutende Beschädigungen am Bug davon getragen hatte, am 6. dieses in Lowestoft gelandet. Das gesunkene Schiff wird auf 10,000 L. geschätzt. Ferner traf hieselbst die Nachricht ein, daß ein großes holländisches Schiff mit Baumwollfracht, dessen Name noch unbekannt ist, an den Hasbro-Sandbänken scheiterte. Man glaubt, daß Niemand von der Mannschaft gerettet sei; Theile des Schiffes und der Ladung wurden von der „Novice“ in Sicherheit gebracht.

Dem konservativen Wochenblatte „John Bull“ zufolge liegt in den Bureaus der Regierung eine neue Volkserziehungsbill schon fertig, doch wird durch dieselbe nur das alte System erweitert, kein neues eingeführt. Kraft derselben wird die bisherige allgemeine

Erziehungssteuer nicht in eine Lokalsteuer umgewandelt, wohl aber sollen ärmere Gemeinden und dürftig ausgestattete Schulen größere Unterstützung aus Staatsmitteln erhalten.

In Windsor wird die Ankunft J. M. der Königin und des Hofes gegen den 18. d. erwartet. Prinz Leopold, der in der letzten Zeit mehrfach an starken Blutungen gelitten hat und durch den Blutverlust sehr geschwächt war, hat sich nunmehr in soweit erholt, daß er wieder der ärztlichen Hilfe entbehren konnte.

Der „Brasil and River Plate Mail“ zufolge hat die portugiesische Regierung den Ingenieuren Edward Medlicott in Lissabon und Thomas Rumball in London die Konzession zur Legung eines unterseeischen Kabels zwischen Falmouth und Oporto erteilt. Durch Verbindung zwischen Oporto und den Azoren und von Letzteren mit einem Punkte der amerikanischen Küste soll diese Linie zu einer neuen Verbindung mit Amerika ausgedehnt werden. 500,000 Lfr. sind als Gesamtbetrag der Kosten veranschlagt und sollen die einzelnen Stücke der Verbindung gleich, sobald sie fertig, in Wirksamkeit gesetzt werden, um in kürzester Zeit dem Unternehmen schon theilweise einen Ertrag zu sichern. Es dürfte aus einer solchen Konkurrenz ein neuer Grund für die Gesellschaft des bestehenden Kabels erwachsen, ihre Depeschenzätze ferner zu reduzieren. Daß die Kasse dabei nicht zu kurz kommt, erhellt aus dem Umstande, daß die Einnahme für die ersten 22 Tage des Januar 1262 Lfr. Brutto und gegen dieselbe Periode im vorigen Jahre einen Mehrbetrag von 517 Lfr. für den Tag nachweist.

Von St. Thomas in Westindien melden briefliche Nachrichten, daß die von Liverpool zur Hebung der bei dem großen Orkan im Hafen und in der Nähe der Küste gesunkenen Schiffe vor einiger Zeit abgegangene Taucher-Expedition keinen glücklichen Erfolg hat. Acht Mann sind bereits von den Einflüssen des stagnirenden Wassers dahin gerafft worden und man wird genöthigt sein, den zu 250,000 Lfr. versicherten „Columbian“, das Schiff „British Empire“ mit Ladung auf 70,000 Lfr. veranschlagt und andere werthvolle Schiffe im Schooße der Tiefe ruhen zu lassen.

London, 11. Februar. Heute Morgen wurde „Oxford Music Hall“, einer der schönsten Konzerträume Londons, durch Feuer völlig zerstört.

Cork, 11. Februar. Gestern Abend fanden sehr ernste Aufläufe statt, welche neun Stunden anhielten. Die Polizei, welche mit Steinwürfen angegriffen wurde, machte ihrerseits Angriffe mit blanker Waffe und mit dem Bajonnet. Einer der Tumultuanten wurde getödtet, auch erfolgten mehrere Verwundungen.

Madrid, 9. Februar. In Folge der Gesetzentwürfe, durch welche die Bank ermächtigt werden soll, einen Reservfonds von mehr als 60 Millionen Reales zum Ankauf von Staatspapieren zu verwenden, ist innerhalb des Staatsministeriums ein lebhafter Zwiespalt entstanden. Am Donnerstage schien die ganze Angelegenheit ausgeglichen, aber noch in der vorangehenden Nacht hatte der Finanzminister Barzanallana seine Demission eingereicht, nachdem seine Kollegen in einem vorher stattgehabten Ministerrathe sich für die Gesetzentwürfe ausgesprochen. Barzanallana ist durch Sanchez Decana ersetzt. Der Marineminister hat gleichfalls seine Demission eingereicht. Es wird die Bildung eines neuen Ministeriums erwartet, obgleich alle Aussichten für ein solches Arrangement wenig günstig sind.

Riga, 10. Februar. Nach Berichten vom Vorgebirge Domes-Nach vom gestrigen Tage ist der rigalische Meerbusen in südöstlicher Richtung fast frei von Eis. Die Passage zwischen dem Vorgebirge und der Insel Desel jedoch ist noch durch Treibeis gehemmt.

Washington, 1. Februar. Das Haus der Repräsentanten hat die Niederlegung einer Kommission angeordnet, um die Wahrheit des Gerüchtes festzustellen, ob ein Mitglied des obersten Gerichtshofes in einer Privat-Unterredung die Rekonstruktionsakte als unkonstitutionell bezeichnet und erklärt habe, daß der Gerichtshof sich ebenfalls dahin aussprechen werde. Das Justiz-Comité ist angewiesen, zu berichten, ob dieses Vergehen eine Anklage gegen den betreffenden Richter begründen würde. Nach einem beim Repräsentantenhaus eingebrachten Gesetzentwurf sollen die Freedmen-Bureaux bis zum Juli 1869 bestehen bleiben. Der Gouverneur von Georgien, Jenkins, hat beim obersten Gerichtshofe ein Verbot beantragt, daß der in Georgien jetzt den Befehl führende Militär-Gouverneur keine Staatsgelder verausgaben dürfe. In Newyork hat ein demokratisches Massen-Meeting Resolutionen für den Präsidenten Johnson und gegen die Beschlüsse des Kongresses angenommen. Hervorragende Redner haben sich für die Wiederwahl Johnson's als Präsidenten ausgesprochen.

Pommern.

Stettin, 12. Februar. Was denjenigen Theil des sogenannten Festungshafens betrifft, dessen käufliche Erwerbung Beibehaltung der Zusage, wie wir vor einiger Zeit meldeten, der Stadt für einen Preis von 50,000 Thlr. angeboten worden, so läßt gegenwärtig der Militärsiskus denselben bis auf eine schmale Rinne zuschütten, um brodlöse Arbeiter zu beschäftigen. Wie es heißt, beabsichtigt der Militärsiskus für den Fall, daß die Stadt sich nicht zur Erlegung der 50,000 Thlr. entschließt, längs der Wasserfront ein großes Proviantmagazin oder eine Kaserne zu bauen und die Schanze X. bestehen zu lassen.

Mit der Aufstellung des Viadukts zwischen den neuen Eisenbahnbrücken über die Paratz und die Oder ist im Anschluß an die erstere bereits der Anfang gemacht. Man richtet augenblicklich das Eisenwerk des vierten Pfeilers auf, und der Oberbau des ersten, mit der Brücke zu verbindenden Joches ist bis zur Höhe der Brücke fast vollendet. Die Eisentheile für den Oberbau der Oberbrücke werden in diesen Tagen per Bahn erwartet. Um sie gleich an Ort und Stelle schaffen und mit ihrer Aufrihtung den Anfang machen zu können, wird auf dem Bauhofe auf der Eisbergrasse, zum Theil auf geneigter Ebene, ein provisorischer Schienenweg angelegt.

Bei dem jetzigen hohen Wasserstande der Oder mangelt es den in dieselbe mündenden Kanälen bereits an Abfluß und ist ein Uebertreten des Wassers bei länger anhaltender jetziger Windrichtung zu besorgen.

Gestohlen wurden: dem Banquier H. in der Nacht zum 9. d. Mis. aus seinem Gartengrundstücke in Bredow zwei abgegebene Pflaumenbäume, dem Tabagisten M. in der Lindenstraße zu Grabow am 9. Abends von seinem Hause eine 10' lange Dach-

rinne, dem Pächter des Rathskellers gestern Abend aus der zur Küche führenden Vorhalle zwei Viertelgefäße mit Bier, aus einem Verkaufsolale, Heumarkt Nr. 19, gestern circa 5 Ellen blauen Double und einer Suppenempfängerin in der Volkstüche im „Fürsten Blücher“ angeblich aus der Kleidertasche ein etwa 2 Thlr. 23 Sgr. enthaltendes Portemonnaie.

Eine Anzahl Jungen hatte die Entdeckung von der Erlenz einer Käsefabrik in einem Kellerloale der Peterstrasse gemacht und ebenso ausgekundschaftet, daß sich an den in dem vorderen Theile des Kellers befindlichen Käsevorräthen leicht Diebstähle ausführen ließen, wenn man es nur versteht, über die obere mit einem Klingelzuge in Verbindung stehende Treppenstufe vorsichtig hinweg in den Keller zu gelangen. Letzteres Experiment fiel für einen der Jungen indessen gestern Abend ungünstig aus; derselbe wurde von dem Käsefabrikanten, der zu seinem Aerger schon längerer Zeit beobachtet war, ohne die Thäter zu kennen, abgefaßt und der Polizei zugeführt und ist es dadurch nun gelungen, eine ganze Anzahl solcher jugendlichen Käseliebhaber zu ermitteln, die fortgesetzt ihre Bedarf aus jenem Keller entnahmen.

Die erste Gastdarstellung des Mimikers Herrn Alois Müller als Affe Mamot in der Nestroschen Poffe „Affe und Bräutigam“, welche für heute Abend angekündigt war, wegen Censur-Schwierigkeiten aber abgeändert werden mußte, findet nun morgen statt.

Aus Jakobshagen, 10. Februar, schreibt man der „Dd.-Ztg.“: Nachdem auf dem Kreistage vom 21. Dezember v. J. die Bewilligung der Kosten für die Vorarbeiten der Chausseen von Jakobshagen nach Bahnsöf Trampke, resp. bis zur Freienwalde-Steigardener Chaussee und ebenso für die Chaussee-Verbindung von Nörenberg nach Freienwalde gegeben war, ist die Chausseebau-Kommission von dem Landrath v. Waldow als Vorsitzenden am 8. d. M. berufen worden, um über die Richtungen der beiden Chausseelinien näher zu beraten und ist der Bau-Inspektor Borchert zu Starga d mit den Vorarbeiten betraut worden. Mit diesen Arbeiten ist sofort begonnen, indem Herr Borchert heute angefangen hat, die projektirten Chausseelinien zu bereisen, damit dem in kürzester Zeit einzuberufenden Kreistage genügende Vorlage zugehen kann, um endgültig die Linien und die Inangriffnahme der Bauarbeiten festzustellen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. Februar. Witterung: schön. Temperatur + 5 ° R. Barometer 27 1/4. Wind: N.O.

An der Börse. Weizen wenig verändert, loco per 2125 Pfd. gelber inländischer 101 bis 105 R., ungarischer 93-98 R., bunter poln. 98-103 R., weißer 105-108 R., 83-85 Pfd. gelber Frühjahr 101 1/2, 102 1/2, 102 R. bez., Mai-Juni 102 R. Br.

Roggen wenig verändert, loco pr. 2000 Pfd. 78 1/2-80 R., Februar 79 1/2 R. Br., Frühjahr 80, 79 1/2 R. bez., 80 R. Br. u. Ob., Mai-Juni 81 R. Br., Juni-Juli 77 1/2 R. nom., Juli-August 72 1/2 R. Br. u. Ob.

Gerste behauptet, loco pr. 1750 Pfd. 52 1/2-55 1/2 R. nach Qualität, Frühjahr 69-70 Pfd. schlesische 55 1/2 R. bez., 55 1/2 R. Ob., 55 1/2 R. Br. u. Ob.

Hafer still, loco per 1300 Pfd. 39 R., 47-50 Pfd. Frühjahr 39 1/2 R. Br. u. Ob. Erbsen still, loco per 2250 Pfd. 69 1/2-71 1/2 R., Frühjahr Futter 72 R. Br.

Malz ungarischer per Ctr. 2 1/2 R. bez. Rapkuchen loco hiesige 2 1/2 R. bez., fremde per Bahn 2 R. 6 1/2 R. bez. Rübsl fester, loco 10 1/2 R. Br., Februar 10 R. Ob., April-Mai 10 1/2 R. Br., 1 1/2 R. Ob., September-Oktober 10 1/2 R. Br. u. Ob.

Petroleum loco 6 1/2 R. bez. Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 20 1/2 R. bez., Februar-März 19 1/2 R. Ob., Frühjahr 20 1/2 R. bez., Mai-Juni 20 1/2 R. Br., Juni-Juli 20 1/2 R. bez., Juli-August 21 R. bez., August-September 21 1/2 R. bez.

Regulirungs-Preise: Weizen —, Roggen 79 1/2, Rübsl 10, Spiritus 19 1/2. Landmarkt. Weizen 98-102 R., Roggen 76-80 R., Gerste 52-56 R., Hafer 36-38 R. v. 26 Scheffel, Erbsen 68-72 R. per 25 Scheffel, Sen pr. Ctr. 15-20 R., Stroh pr. Schock 7-8 R., Kartoffeln 22 bis 24 R. pr. Wispel.

Hamburg, 12. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig, ab auswärts schwächer, auf Termine fest. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 177 Banthaler Br., 176 Gd., per Februar-März 177 Br., 176 Gd., per Frühjahr 176 Br., 175 Gd. Roggen pr. Februar 5000 Pfd. Brutto 141 Br., 140 Gd., per Februar-März 140 Br., 139 Gd., pr. Frühjahr 139 Br., 138 1/2 Gd. Hafer ruhig. Rübsl fest, loco 22 1/2, per Mai 22 1/2, per Oktober 23 1/2. Spiritus ohne Kauflust. Kaffee fest. Zink geschäftslos. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 11. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen geschäftslos. Roggen ziemlich unverändert, pr. März 314 1/2, pr. Juni 314, per Juli 305 1/2.

Stettin, den 12. Februar

Table with 4 columns: Location, Quantity, Price, and Remarks. Includes entries for Hamburg, Amsterdam, London, Paris, Bremen, St. Petersburg, Wien, Preuss. Bank, Sta.-Anl., St.-Schldsch., P. Präm.-Anl., Pomm. Pfdbr., Rentonb., Ritt. P.P.B.A., Berl.-St.E.A., Prior., Starg.-P.E.A., and St. Stadt-O.